

Willkommen im Klimaklub!

Die nächste Regierung muss für verlässlich steigende CO₂ - Preise sorgen - und sie zugleich verkraftbar machen.

Klaus Stratmann, Silke Kersting

Wenn es um die Bewältigung der Klimakrise geht, sprechen Politikerinnen und Politiker wahlweise von einer "Menschheitsaufgabe" oder von einer "Jahrhundertherausforderung". Um Tatkraft zu demonstrieren, hat die Bundesregierung in der nun zu Ende gehenden Legislaturperiode in Sachen Klimaschutz an vielen Stellschrauben gedreht, besonders in den vergangenen Monaten: Dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz von Ende April ließ die Große Koalition eine Verschärfung des Klimaschutzgesetzes folgen, die allen Sektoren zusätzliche Anstrengungen aufbürdet.

Die Verschärfung des Gesetzes gipfelt in der Festlegung, die Klimaneutralität nicht wie die restliche EU erst 2050, sondern vor allen anderen Ländern der Erde bereits 2045 zu schaffen. Wie lässt sich dieses ambitionierte Ziel erreichen? In den Wahlprogrammen der Parteien finden sich dazu stark divergierende Antworten und oftmals kleinteilige Lösungsansätze.

Fachleute wie die Wirtschaftsweisse Veronika Grimm warnen indes davor, eine neue Welle der Regulierung loszutreten. Grimm empfiehlt, sich auf drei wesentliche Aspekte zu fokussieren. An erster Stelle nennt sie den CO₂ - Preis. "Die nächste Bundesregierung muss die CO₂ - Bepreisung anschärfen", sagte Grimm dem Handelsblatt. "Verlässliche Aussagen zu zukünftig höheren CO₂ - Preisen entfalten unmittelbar Wirkung - denn private Investitionen werden aufgrund von Erwartungen über die zukünftigen Rahmenbedingungen getätigt", erklärt sie. "Man sollte einen klaren Anstieg des Preises ankündigen, aber Sprünge vermeiden. Private Konsumenten und die Wirtschaft müssen sich vorbereiten können. Zugleich muss es für Härten einen Ausgleich geben."

Die Große Koalition hatte den CO₂ - Preis in den Sektoren Wärme und Verkehr mit Jahresbeginn 2021 eingeführt. Die Große Koalition wollte zunächst mit zehn Euro je Tonne CO₂ einsteigen, erhöhte den Wert dann aber auf Druck der Länder auf 25 Euro. Das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) sieht einen schrittweisen Anstieg bis 2025 auf 55 Euro vor. Die Grünen fordern, den Preis bereits 2023 auf 60 Euro anzuheben.

Vielen Akteuren schwant, dass auch die 60 Euro noch deutlich zu niedrig gegriffen sind, um die ambitionierten Reduktionsziele zu erreichen. Ein höherer CO₂ - Preis erlaubt zudem Entlastungen an anderer Stelle. Grimm: "Vordringliches Ziel sollte es sein, mit den Einnahmen aus der CO₂ - Bepreisung die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu reduzieren und sie möglichst schnell ganz abzuschaffen", sagt sie.

Grimm rät der nächsten Bundesregierung außerdem, dem Ausbau der Energieinfrastruktur hohe Priorität zu geben und dazu verlässliche Zeitangaben zu machen. "Das gilt nicht nur für die Stromleitungen, sondern insbesondere für die Wasserstoffinfrastruktur", sagt sie. Konzepte, die ausreichend Anlagen zur Erzeugung, Lagerung und Verteilung von Wasserstoff aus Ökostrom erst bis 2035 in ganz Deutschland sehen, "greifen deutlich zu kurz". Wer in diesen Zeiträumen denke, riskiere die Abwanderung von Industrie. "Die Zeitachsen müssen deutlich kürzer sein", rät Grimm.

Bereits der Ausbau des Stromnetzes ist seit Jahren ein politisch brisantes Thema. Neue Hochspannungsleitungen sorgen regelmäßig für Proteste vor Ort, langatmige Genehmigungsverfahren und zeitraubende Verwaltungsgerichtsprozesse sind die Folge. Zwar hat es zuletzt mehrere Gesetzesänderungen gegeben, die mehr Tempo in die Verfahren bringen sollen. Der durchschlagende Erfolg ist jedoch bislang ausgeblieben.

Beim Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur ist Grimm optimistisch, da sich das Akzeptanzproblem nicht in dem Umfang stelle wie beim Bau neuer Stromleitungen. "Durch die Umwidmung bestehender Erdgasleitungen kann in großen Teilen bestehende Infrastruktur genutzt werden", sagt sie.

Grimm rät dazu, im Klimaschutz internationale Kooperationen zu suchen. Sie "verdienen den Vorzug gegenüber unilateralem Handeln", sagt Grimm. "Es kann Sand ins Getriebe bringen, wenn Europa mittels CO₂ - Grenzausgleich zur Klimafestung würde. Das provoziert schwierige Auseinandersetzungen mit Handelspartnern wie den USA oder China", warnt Grimm. Mit internationalen Kooperationen dagegen setze Europa das richtige Signal.

"Europa, die USA und China sollten einen Klimaklub anstreben - idealerweise mit einem gemeinsamen CO₂ - Mindestpreis. Wenn das nicht umsetzbar ist, insbesondere weil sich in den USA die Einführung eines CO₂ - Preises nicht abzeichnet, sollte man sich anderweitig koordinieren", sagt sie. Als Beispiel nennt Grimm gemeinsame Reduktionspfade für emissionsintensive Industrien: "Wenn ein Klimaklub gut konzipiert ist, kann er Sogwirkung entfalten. Es wird dann attraktiv für andere Länder, dem Klub beizutreten."

Auch Hubertus Bardt, Geschäftsführer des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), empfiehlt der nächsten Bundesregierung, die Klimaklub-Idee zu verfolgen. "Man sollte mit einer Gruppe gleichgesinnter Länder beginnen und sich für einzelne Produkte oder Produktkategorien, etwa Stahl, auf einen CO₂ - Preis verständigen", sagt Bardt dem Handelsblatt. "Ich warne die Europäer davor, im Alleingang einen pauschalen CO₂ - Grenzausgleich festzulegen. Man darf nicht gleich den Knüppel herausholen, das provoziert verständlicherweise Abwehrreaktionen", sagt Bardt.

Die derzeitige Bundesregierung hatte erst kürzlich ein Konzept für einen Klimaklub beschlossen. Konkrete Fortschritte gibt es aber noch nicht.

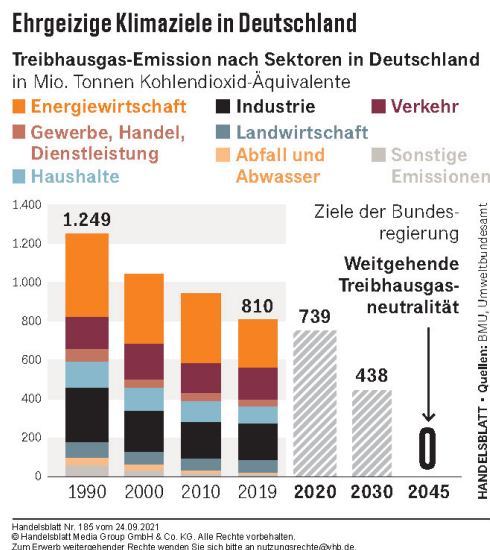
Drei To-dos für die nächste Bundesregierung: -Statt kleinteiliger Regulierung muss der CO₂ - Preis zum zentralen Steuerungselement der Klimapolitik werden. Um Klimaschutzinvestitionen planbar zu machen, bedarf es eines langfristig verlässlichen Pfades, auf dem der CO₂ - Preis ansteigt.

-Der Ausbau der **Energieinfrastruktur** muss schneller werden, das gilt insbesondere für die Wasserstoffinfrastruktur.

-Die nächste Bundesregierung muss weitere einseitige Zielverschärfungen vermeiden, denen andere Weltregionen am Ende nicht folgen. Statt sich mit einer CO₂ - Grenzabgabe abzuschotten, sollte Deutschland in der EU für "Klimaklubs" werben, in denen Europa gemeinsam mit anderen Staaten außerhalb der EU Reduktionsziele definiert.

Klaus Stratmann, Silke Kersting

*Kersting, Silke
Stratmann, Klaus*



Quelle: Handelsblatt print: Nr. 185 vom 24.09.2021 Seite 045

Ressort: Wochenende

Serie: Der Weckruf (Handelsblatt-Beilage)

Dokumentnummer: 6B988640-9FDC-423E-87C2-48DCC6948E8D

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_6B988640-9FDC-423E-87C2-48DCC6948E8D%7CHBPM_6B988640-9FDC-423E-87C2-

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH